

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

Samstag, 20. Dezember 1952

Blatt 2195

Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus

Geschäftsgruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

20. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat setzte heute um 9 Uhr unter Vorsitz von Bürgermeister Jonas seine Beratungen über den Voranschlag für das Jahr 1953 mit der Verwaltungsgruppe X: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, fort.

Stadtrat Afritsch teilte mit, daß auch in diesem Jahre die Ehrung jubilierender Ehepaare von der Gemeindeverwaltung fortgesetzt wurde. 772 Goldene, 30 Diamantene und 1 Eisernes Hochzeitspaar wurden in Stadtsenatssitzungssaal vom Bürgermeister und vom Stadtsenat empfangen.

38 Hausgehilfinnen wurden geehrt, darunter 4, die mehr als 40 Dienstjahre bei demselben Dienstgeber waren.

Die Pressestelle der Stadt Wien besteht aus der "Rathaus-Korrespondenz", dem "Amtsblatt der Stadt Wien", dem "Amtlichen Wohnungstausch-Anzeiger", dem "Bilderdienst" und dem "Landesgesetzblatt". Der Bilderdienst ist keine Konkurrenzierung der Pressephotographen, da diese zu allen Veranstaltungen der Gemeindeverwaltung eingeladen werden. Die Pressestelle steht auch in engem Kontakt mit den Radiostationen. 220 Reportagen im Jahr 1952 hauptsächlich innerhalb der Sendungen des "Echo des Tages" der Ravag und des "Zeitfunk" der Sendergruppe Rotweißrot beschäftigten sich mit Gemeindeangelegenheiten. Die Rundfunkstationen haben großes Verständnis für die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung, wofür ihnen der beste Dank gebührt.

Der Stenographendienst hat eine Veränderung erfahren. Wir sehen in dieser Budgetdebatte, erklärte Stadtrat Afritsch, das erste Mal den 1. Stadtstenographen Regierungsrat Reichert nicht. Regierungsrat Reichert hat 43 Dienstjahre, und wir, die wir ihn

lange Zeit in seiner Arbeit sehen konnten, müssen ihm für diese/
Arbeit, vor allem aber auch für seine Erziehungsarbeit am steno-
graphischen Nachwuchs, den herzlichsten Dank aussprechen. (All-
gemeiner lebhafter Beifall.) Den Stenographendienst hat nun Herr
Rothensteiner übernommen.

Die Einbürgerungen und Staatsbürgerschaftserklärungen waren
nicht mehr so zahlreich wie im Vorjahre. Trotzdem wurden in den
ersten 11 Monaten des Jahres 1952 5.097 Ansuchen aufrecht erle-
digt. (Im gleichen Zeitraum 1951: 7.254.) Darunter wurden 527
Staatsbürgerschaftserklärungen (1951:730) abgegeben. Einbürgerun-
gen von Personen mit einem Aufenthalt in Österreich von über 10
Jahren wurden in 402 (1951:439) Fällen, unter 10 Jahren in 3.796
Fällen (1951:5.834) vorgenommen.

Seit dem Jahre 1945 bis Ende November 1952 wurden insgesamt
74.843 Einbürgerungsgesuche, darunter 32.701 Staatsbürgerschafts-
erklärungen, aufrecht erledigt. Da in vielen Fällen auch Frauen
und Kinder erfaßt sind, kann mit einer Zahl von etwa 127.000
Personen gerechnet werden.

Der Berichterstatter hebt hervor, daß die Wiener Gemeinde-
verwaltung bei Einbürgerungen und Staatsbürgerschaftserklärungen
von Minderbelasteten und von Flüchtlingen beispielgebend voran-
gegangen sei.

Im Oktober 1951 liefen insgesamt noch 11.081, im Oktober
1952 nur mehr 6.708 Einbürgerungsakte. An Heimatrollenauszügen
und Staatsbürgerschaftsnachweisen wurden 1951 rund 100.000, im
Jahre 1952 bisher etwas über 84.000 ausgestellt.

Die Bevölkerung Wiens betrug nach der Volkszählung vom 1.
Juni 1951 1,766.102. Seither ist ein Zuwachs um 1.195 auf
1,767.297 zu verzeichnen. Seit der Volkszählung überwiegen die
Todesfälle die Geburten um 17.496. Dieser Sterbeüberschuß wird
aber durch den Gewinn wettgemacht, der durch Zuwanderungen nach
Wien entstanden ist. Das Verhältnis der Todesfälle zu den Gebur-
ten beträgt in Wien 2:1.

Für das Jahr 1953 ist für Wien eine Obstbaumzählung vorge-
sehen.

Bei den Gewerbebeanmeldungen ist eine rückläufige Bewegung zu beobachten. Vom 1. Dezember 1951 bis 30. November 1952 wurden 7.376 neue Gewerbeberechtigungen erteilt, in der gleichen Zeit fielen durch Zurücklegung oder Erlöschen 9.780 Gewerbeberechtigungen weg, sodaß sich ein Minus von 2.404 ergibt. Im Jahre 1947 betrug der Zuwachs noch 7.204, 1949 2.550 und 1951 1.200.

Durch die Streichungs-Amnestie fällt die Zählung der Minorbelasteten aus. 1952 waren noch 7.716 Belastete registriert, davon 7.224 Männer und 492 Frauen, gegenüber insgesamt 8.484 Personen 1949. 576 Nachsichtsansuchen von Belasteten wurden gemäß § 27 des Verbotsgesetzes bis 30.11. bearbeitet und aufrecht erledigt.

Die Zahl der öffentlichen Verwaltungen hat von 2.356 im Jahre 1946 auf 428 öffentliche Verwalter und 68 Aufsichtspersonen abgenommen.

Im Jahre 1952 erfolgten 620 Vereinsgründungen; trotz der Auflösung von 149 Vereinen gibt es 9.400 Vereine, und die Tendenz ist weiter steigend. Dagegen ist die Zahl der Tombolaveranstaltungen auf 22 zurückgegangen.

Für die Wahlen sind Kosten von 5 Millionen veranschlagt, wovon 500.000 in diesem Jahr bewilligt und 4,5 Millionen in das Budget 1953 aufgenommen wurden. Der Drucksorten- und Papieraufwand sowie ein Drittel des Personalaufwandes werden vom Bund getragen, zwei Drittel des Personalaufwandes und die Beistellung der Räumlichkeiten gehen auf Kosten der Gemeinde. Für jede Partei ist nur ein Wählerverzeichnis vorgesehen, was insgesamt 60.000 Schilling kostet. Die Häuserbegehungen sind abgeschlossen und wurden von 5.000 Bediensteten klaglos durchgeführt. Heute wird in Rathaus mit der Verfassung der Wählerverzeichnisse begonnen.

Die Zahl der Kraftfahrzeuge betrug 1947 30.493, 1951 71.088 und stieg 1952 auf 76.362. Der Monatsdurchschnitt der Verkehrsunfälle stieg in den gleichen Jahren von 540 auf 930 bzw. 1.100. In Wien ereignen sich somit die meisten Verkehrsunfälle aller Großstädte.

Für die Feuerwehr der Stadt Wien sind im ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag insgesamt 50,626.100 S vorgesehen, um 8,5 Millionen mehr als 1952. Der Personalstand betrug 1951 1351 Personen. Die Anzahl der Feuerwehrfahrzeuge ist unverändert und beträgt etwa 200. Die Ausrüstung der Feuerwehrfahrzeuge und die technische Ausrüstung der Feuerwehr sind abgeschlossen. Die Feuerwachen befinden sich in einem baulich ordnungsmäßigen Zustand. Für die Wiederherstellung der Hauptfeuerwache Ottakring Hernals sind 3 Millionen vorgesehen, für das Nachbargebäude der Zentrale Am Hof 4 Millionen. Es müssen also lediglich noch die Kriegsschäden an der Feuerwache Döbling behoben werden. Dann wird der Wiederaufbau der Feuerwehr vollendet und alles wieder in friedensmäßigen Zustand sein. Für die Freiwillige Feuerwehr besteht die Absicht, im nächsten Jahr ein Feuerwehrgesetz zu beschließen. Für 1953 ist der Wiederaufbau von acht Gerätehäusern und die Instandsetzung eines weiteren der Freiwilligen Feuerwehr vorgesehen. Nach diesen Arbeiten wird auch hier der Zustand friedensmäßig sein.

Im abgelaufenen Jahr mußte die Feuerwehr zu 1172 Bränden ausrücken - 1951 waren es 1064 - , davon waren drei Großbrände, die jedoch nicht als katastrophal zu bezeichnen sind. Weiter gab es 34 Mittelbrände, 1040 Kleinbrände und 95 Rauchfangbrände. Die Zahl der technischen Hilfeleistungen, die nicht durch Brände verursacht wurden, betrug 3.682 gegenüber 3.918 im Jahre 1951, die Zahl der Fehlanzeigen hat sich erfreulicherweise von 169 im Jahre 1951 auf 146 gesenkt.

Abschließend spricht Stadtrat Afritsch unter allgemeinen Beifall des Hauses allen Angehörigen der Wiener Berufsfeuerwehr, den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr in den Randgemeinden sowie allen Beamten seiner Geschäftsgruppe für ihre Pflichterfüllung den herzlichsten Dank aus und bittet um Annahme der Budgetsätze.

Debatte über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

GR. Josef Doppler (WdU) nimmt zu den Ausbürgerungen ehemaliger Nationalsozialisten Stellung und erklärt, daß es nicht angeht, daß der Leiter der hierfür zuständigen Abteilung ganz einfach alteingesessene Österreicher auf Grund des Verbotsgesetzes ausbürgert. Seine Fraktion werde nicht ruhen, dieses Verhalten anzuprangern, bis diesen Beamten das "Handwerk" gelegt wird. An den Amtsführenden Stadtrat möchte er die dringende Bitte richten, bei Einbürgerungen von Volksdeutschen bürokratische Verzögerungen zu verhindern und diese Ansuchen nicht jahrelang unbehandelt liegen zu lassen.

Als gleichfalls unerfreuliches Kapitel bezeichnet der Redner die Institution der öffentlichen Verwalter und Aufsichtspersonen. Diese sei eine Angelegenheit, die nur schwerste wirtschaftliche Schäden im Inlande zur Folge hat und darüber hinaus auch zahlreiche aufsehenerregende Korruptionsskandale auslöste und nicht zuletzt auch unsere Beziehungen zu Deutschland auf das schwerste belastet.

Zu bemerken ist auch, daß die Publikationen der Gemeinde Wien keinen entsprechenden Anklang und Absatz finden. Das Kontrollamt hat aus diesen Grunde die Einstellung der Schriftenreihe "Die öffentliche Fürsorge in Einzeldarstellungen" ange-regt. Auch die Gewährung einer ermäßigten Abonnementgebühr für Gemeinlebedienstete und -pensionisten wird nicht der Hebung des Absatzes des "Amtsblatt der Stadt Wien" beitragen.

Auch seine Forderung nach detaillierten Berichten über die von der Gemeinde Wien geführten Prozesse müsse er wieder stellen.

Die als nicht ins Gewicht fallend bezeichneten 4,5 Millionen zur Durchführung der Nationalratswahl, kann er gegenüber anderen, nötigeren Ansätzen nur als hoch bezeichnen. Im Zusammenhang mit den Wahlen muß auch auf die Mandatarangelegenheit hingewiesen werden. Es handelt sich hier um die Mandate von Gemeinderatsmitgliedern, die aus der Wahlpartei, auf deren Liste sie gewählt wurden, ausgeschieden, aber trotzdem noch im Gemeinderat sind. Hier wäre dringende Abhilfe nötig. Als bedauerlich bezeichnet der Redner auch die Tatsache, daß die Magistratischen Bezirksämter und -vorstellungen im Rechnungsabschluß nicht gesondert aufscheinen.

Trotz Anerkennung der Leistungen mancher Bediensteter, vor allem der der Feuerwehr, könne seine Fraktion den Ansätzen solange nicht die Zustimmung geben, als ein Beamter, wie es der Leiter der Magistratsabteilung 61 ist, sein "Unwesen" treiben darf.

GR.Dr.Altmann (LBl.) wendet sich gegen die Ausführungen des GR.Doppler bezüglich der öffentlichen Verwalter und Aufsichtspersonen. Den Sinn seiner Rede sehe er in einer Auslieferung der österreichischen Industrien an das westdeutsche Monopolkapital mit all seinen Folgen, die wir ja schon einmal erlebt haben. Zu den Bemerkungen über einen leitenden Beamten der Staatsbürgerschaftsabteilung könne er nur sagen, daß derartige Kritiken, mögen sie berechtigt sein oder nicht, niemals an den Beamten, sondern an den politischen Mandatar gerichtet werden müßten, der für die Gebarung seiner Geschäftsgruppe verantwortlich ist. Zu den Ausführungen von GR.Doppler wegen Aberkennung des Mandats der aus der WdU ausgetretenen Gemeinderäte bemerkt Dr.Altmann, daß die Koalitionsparteien deshalb nicht den Antrag beim Verfassungsgerichtshof stellen, weil sonst auch dem ehemaligen Gemeinderat des Linksblockes, Guger, das Mandat aberkannt werden müßte.

Rehner beschäftigt sich dann mit den Ansätzen für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten und bezeichnet sie als die bescheidensten des gesamten Budgets. Sie werden nur noch von den Budget für Kultur und Volksbildung unterboten. In besonderen bezeichnet Dr.Altmann die Ansätze für die Feuerwehr als reformbedürftig. Er kritisiert die Einteilung der Dienstzeit bei der Feuerwehr, die er als barbarisch bezeichnet. Ferner bemängelt Dr.Altmann die niedrigen Ansätze für Reinigungsmaterial, für Heizung und anderes. Er sagt auch, daß der Plan bestünde, sieben Feuerwachen aufzulassen, und daß man diesen Plan nur vorläufig zurückgestellt habe.

Der Redner kritisiert weiter, daß die Kosten einer Abschrift des Wählerverzeichnisses 15.000 bis 18.000 Schilling betragen sollen, während eine solche bei der Bundespräsidentenwahl nur 7.500 Schilling kostete.

Die Lebensrettungsprämien, für die 1000 Schilling veranschlagt sind, bezeichnet er als lächerlich gering.

Dr. Altmann wiederholt auch den Antrag von Dr. Matejka zur Geschäftsgruppe VII, nach dem die Hausbesorger für die Gehsteigreinigung eine Entschädigung von 2 Schilling pro Quadratmeter erhalten sollen.

Die statistischen Ziffern wurden in dem heurigen Referat des Amtsführenden Stadtrates wohl mit Absicht etwas vernachlässigt, weil sie ein Bild von der katastrophalen Lage dieser Stadt geben. Doppelt so viel Menschen als geboren werden, sterben in dieser Stadt, das Gewerbe geht zurück, die Arbeitslosigkeit steigt! Das sei das Ergebnis der Regierungskoalition und ihres getreuen Abbildes im Rathaus. Wenn mit 15. Dezember d.J. 250.000 Arbeitslose registriert werden, so sind dies um 100.000 mehr als im Vorjahre, und davon entfällt ein erklecklicher Teil auch auf die Stadt Wien. Vollbeschäftigung war das Programm der größten Partei dieses Hauses. Heute aber steigt die Arbeitslosenzahl, die Betriebe sperren, Not herrscht.

Weil dieses Hauptstück ein Teil des Gesamtbudgets ist und denselben Geist wie dieses atmet, den Geist des Niederganges, wird der Linksblock seinen Ansätzen nicht zustimmen.

GR. Haim (ÖVP) bespricht Probleme der Verfassung der Stadt Wien, die in vielen Punkten den derzeitigen Zuständen angepaßt werden müsse. Vieles sei längst überholt und müsse durch eine Verfassungsänderung legalisiert werden. Redner stellt mit Genugtuung fest, daß bereits weniger mit § 93 der Stadtverfassung regiert wird, der den Bürgermeister bei dringlichen Fällen zu Verfügungen berechtigt, und nun etwas mehr der § 99. gehandhabt wird, der dieses Recht dem Stadtsenat gibt. Uns wäre es aber, betont er, am liebsten, man würde in allen diesen Fällen direkt den Landtag und den Gemeinderat befassen. (Beifall bei den Parteigenossen.) Die Art der Beratungen im Wiener Gemeinderat könnte in vielem der Arbeit des Nationalrates angepaßt werden. So sollte u.a. durch eine Änderung der Stadtverfassung auch den Gemeinderatsausschüssen das Recht gegeben werden, zum Präliminare der einzelnen Verwaltungsgruppen Stellung zu nehmen. Mit der Verfassung in der derzeitigen Form könne praktisch vielfach nichts unternommen werden. Das einzige Plus in diesem Hause sei die Koalition. Wenn diese nicht wäre, würde eigentlich nur die Abstimmungsmaschinerie betätigt. Die Arbeit in den Ausschüssen wäre

diskreditiert. So wird die Bestimmung, daß Antragsteller von den Ausschüssen bei der Beratung des Antrages beizuziehen sind, nicht beachtet. Überhaupt sind die Anträge einem eigenartigen Schicksal ausgesetzt. Ein von der ÖVP bereits anfangs Juni d.J. eingebrachter Antrag, betreffend Entschädigung an die Hausbesorger für die Gehsteigreinigung, ist bisher noch nicht behandelt worden. Mängel der Verfassung sind auch hinsichtlich der Bezirksvertretungen festzustellen.

Der Redner kritisiert, daß, wenn die Stadträte den Ausschüssen Anträge zur Beratung und Beschlußfassung unterbreiten, die Tat bereits gesetzt ist und praktisch nur mehr die gesetzliche Legalisierung zu erfolgen hat. Hier soll Wandel geschaffen werden.

Rund 5 Millionen Schilling werden die Gemeinde Wien die Wahlen kosten. Dafür hätte ein großes Wohnhaus errichtet werden können. Man sollte daher zu sparen versuchen, indem man nicht auf die vorzeitige Auflösung einer gesetzgebenden Körperschaft drängt. Die Bevölkerung wird sich ihre Gedanken machen über die Funktionäre, die diese vorzeitige Auflösung des Parlaments herbeigeführt haben.

Es ist unverständlich, warum für die Ausschmückung der Trausäle ein doppelt so hoher Betrag vorgesehen ist, wie in diesem Jahr, in einer Zeit, in der sich die Volkspartei bemüht, wieder die fakultative Eheschließung einzuführen. Dagegen scheint der Ansatz von 1000 Schilling für Lebensrettungsprämien lächerlich gering.

Gegenüber der Feststellung des Stadtrates über die sparsame Prozeßführung der Gemeinde zitiert der Redner den Fall eines ehemaligen Kinobesitzers, dem das Kino 1945 genommen wurde, und der sich nun schon seit 1945 hinzieht. Obwohl der ehemalige rechtmäßige Besitzer bereits zwei Prozesse durch alle drei Instanzen gewonnen hat, hat ihm die Gemeinde das Kino nicht zurückgegeben sondern der Kiba die Konzession erteilt. Der Redner richtet daher an den Bürgermeister direkt den Appell, dem Mann zu seinem Recht zu verhelfen.

Schließlich bittet der Redner, bei der Feuerwehr nur absolut staatsstreue Menschen einzustellen und seine Vorbringen zu würdigen. Die Volkspartei wird den Budgetansätzen zustimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Leibetseder (SPÖ) bezeichnet die Angriffe des GR. Doppler gegen den leitenden Beamten der Magistratsabteilung 61, Senatsrat Dr. Marcus, als den Gipfelpunkt der Geschmacklosigkeit, schon deswegen, weil dieser nicht die Möglichkeit hat, sich hier zu verteidigen. Seine Fraktion spreche diesem Beamten für seine gewissenhafte, neutrale und von tiefer juristischer Sachkenntnis getragene Handlungsweise das volle Vertrauen aus. (Beifall bei der SPÖ.) Der Redner bemerkt, daß Ausbürgerungen durch die Magistratsabteilung 61 nur auf Grund von Urteilen durch ordentliche Gerichte erfolgen. Er könne versichern, daß die zahllosen Menschen, die während des Nazi-Regimes in den Konzentrationslagern waren, nicht den Entschluß gefaßt haben, sich nach dem zu erwartenden Zusammenbruch dieses Regimes mit gleichen Mitteln zu rächen. (Da es zu erregten Zwischenrufen kommt, erteilt der Vorsitzende GR. Marek den Ordnungsruf.) Zu den WdU-Gemeinderäten gewendet: "Jeder von uns hatte Gelegenheit tausende von Menschen sterben zu sehen, Ihnen aber hat noch keine Gaskammer gedroht, sagen Sie uns daher nicht, daß heute mit den gleichen Mitteln vorgegangen wird!" GR. Leibetseder beweist an Hand von Zahlen, daß in Wien weitaus mehr Einbürgerungen als in anderen Bundesländern vorgenommen wurden. Bei einem Viertel der Bevölkerung Österreichs hat Wien 38 Prozent der Einbürgerungsansuchen erledigt, Oberösterreich mit 16 Prozent der österreichischen Bevölkerung 11.5 Prozent und Steiermark mit 16 Prozent 13.5 Prozent. Wien hat hier bestimmt fruchtbare Arbeit unter der Leitung eines sozialistischen Stadtrates und unter der Leitung eines gewissenhaften und ordentlichen Beamten geleistet.

Erfreut müsse er feststellen, daß GR. Dr. Altmann in seinen heutigen Ausführungen für österreichische Interessen eingetreten ist. Es wäre begrüßenswert, wenn er diese Posaune, die er heute nach dem Westen gerichtet hatte, auch einmal in der Richtung nach Sonnenaufgang wirken lassen würde. Wenn wichtige Unternehmungen in öffentlicher Verwaltung stehen, wird vermieden, daß sie der Rüstungsindustrie in die Hände fallen. Wir wollen uns aber nicht

nur auf die unter öffentlicher Verwaltung stehenden Betriebe beschränken, wir würden es gerne auch sehen, wenn die gleiche Wahrnehmung österreichischer Interessen möglichst bald auch in den USIA-Betrieben Anwendung fände.

Zu den Ausführungen des GR. Haim könne er nur sagen, daß seine Partei den Elementarunterricht über Demokratie aus dem Munde eines Mannes, der sich 1934 zum Ständestaat und zum autoritären System bekannt habe, nicht benötige.

Was die Frage gleichzeitig stattfindender Nationalrats- und Gemeinderatswahlen betrifft, so mußten der ÖVP die Gründe der Sozialisten längst bekannt sein. Die Wiener Gemeindeverwaltung konnte zum Unterschied vom Bund ein Budget erstellen und es ist auch sonst alles in bester Ordnung. Es liegt daher nicht der geringste Anlaß vor, den Wiener Gemeinderat frühzeitig aufzulösen. Auch von den Parteifreunden des GR. Haim in Vorarlberg wurden gemeinsame Wahlen mit den Nationalratswahlen abgelehnt. Redner erklärt, seine Fraktion habe eine Aufgabe zu erfüllen und ein Versprechen gegenüber der Wiener Bevölkerung zu halten. Die Erfüllung dieses bei den letzten Wahlen gegebenen Versprechens koste natürlich Zeit. Seine Fraktion wolle aber nicht nur das Versprochene erfüllen, sondern darüber hinaus noch viel mehr leisten und beweisen, daß die Sozialistische Partei hält, was sie verspricht. Wir werden uns nicht mitten in der Arbeit in einen Wahlkampf stürzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend sprach er noch seine Befriedigung über die Ansätze für die Behebung der letzten Kriegsschäden an der Feuerwehrzentrale Am Hof und an der Feuerwache für Ottakring-Hernals aus. Er dankte den Wiener Feuerwehrmännern, die er als Menschen bezeichnete, die bereit sind, sich zu jeder Stunde unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Seine Partei werde den Ansätzen die Zustimmung geben.

GR.Dr. Matejka (LBL.) antwortet der WdU auf die Angriffe gegen den Leiter der Abteilung 61. Die Methoden des Dritten Reiches, so führte er aus, waren derart umfassend, daß es eigentlich bisher niemand gelungen ist, diese Unsumme und menschlich überhaupt nicht fassbare Fülle der Gewalttaten zusammenzufassen.

Milliarden und Abermilliarden Fußtritte, Hiebe und Schläge auf alle Glieder und Körperteile wurden von sämtlichen Gliederungen der NSDAP ausgeteilt. Und deren Vertreter in diesem Haus wagen es heute, hier den Vorwurf zu erheben, daß von einem Beamten dieses Hauses mit den gleichen Mitteln vorgegangen worden sei. (Gegenrufe bei der WdU). Keine Phantasie kann alle diese Dinge wiedergeben!

Ich gehöre zu den Glücklichen, fuhr Dr. Matejka fort, die nur einmal auf den "Bock" gekommen sind. Die aber, die dutzendemale darangekommen sind, die können heute nichts mehr erzählen.

Redner schilderte dann, wie er im Jahre 1940 in Dachau, ausgehungert, im ärgsten Winter, zusammen mit seinen Mithäftlingen von der Arbeit zurückgekehrt war, und eine Meldung mit anschließender Strafverfügung auf den "Bock" zu 25 Stockschlägen erhielt. Es genügte dazu der kleinste Anlaß.

Dann der "Bock": Elf sind angetreten, links und rechts von "Bock" stehen zwei Wassereimer, in jedem ein Ochsenziemer. Und nun beginnt es. Doppelschläge! Links ein baumlanger SS-Mann und rechts einer. Der Kopf ist mit einer Decke zugedeckt. Während der Durchführung der Strafe müssen die anderen wippen! Zwischen den einzelnen Hieben wurde jeweils eine Pause gemacht. Der Lagerführer begleitete die Handlung mit Kommentaren, die hier nicht wiederzugeben sind. 25 Doppelschläge mit den entsprechenden Pausen! Und mit den entsprechenden Zwischenschlägen! Denn für jeden Schrei gab es entsprechende Zugaben, sodaß dabei oft bis zu 500 Schläge herausgekommen sind. Von keinem statistischen Amt sind diese Schläge erfaßt. Dies ein kleiner Bericht von der Fleischmasse, die zu hunderten Millionen zu Tode gequält und zu Tode getrampelt wurde. Und nun, meine Herren, schloß Dr. Matejka, zum WdU gewendet, kommen Sie heraus und erzählen Sie von den gleichen Mitteln! (Dr. Doppler: Dr. Spitznagel! - Erregte Gegenrufe!)

Stadtrat Afritsch beschäftigt sich in seinem Schlußwort mit den Angriffen gegen einen seiner Beamten. Er verurteilt diese Angriffe als absolut taktlos und ungezogen, denn er habe ausdrücklich erklärt, daß in keinem Bundesland so viele Einbürgerungsansuchen aufrecht erledigt wurden, wie in Wien

20. Dezember 1952

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2206

Die Menschen, die diese Abteilung des Magistrates führten, schufen durch ihre Arbeit die Voraussetzungen. Der Angegriffene hat sich durch seine täglich vielstündige Arbeit in diesen Jahren gesundheitlich zugrunde gerichtet.

Was ist aber in Wirklichkeit eigentlich geschehen: Nach dem Gesetz verlieren bestimmte Kriegsverbrecher mit dem Urteil die österreichische Staatsbürgerschaft. Das ist in Wien eine kleine Zahl, weil diese Leute im Jahr 1945 nach Westen gewandert sind. Es sind insgesamt weit weniger als hundert. Die Ausbürgerung nun, unterstreicht der Referent nochmals, wird mit den Gerichtsurteilen ausgesprochen. Man hat sich trotzdem bemüht, tolerant zu sein, denn der Verlust der Staatsbürgerschaft bedeutet schon etwas. Er steht allerdings in keiner Relation, ruft Stadtrat Afritsch aus, mit den Leiden der Antifaschisten in der Nazizeit! (Starker Beifall) Gerade in den letzten Monaten versuchen wir, soweit es geht, diesen Leuten zu helfen. Aber das Gesetz brechen können wir in einer Demokratie nicht; denn mit dem Bruch der Gesetze beginnt auch das Fallen der demokratischen Einrichtungen des Staates. In der Zeit wo die Behörden vielen Zehntausenden von Menschen geholfen haben, (zur WdU gewendet) da sind Sie in einem Mausloch verkrochen und haben gefragt "Darf ich schon herauskommen?" Damals haben Sie noch Angst gehabt!

Abschließend ruft Stadtrat Afritsch unter dem Beifall der SPÖ aus: Wir verlangen von Ihnen nur, daß sie nicht provozieren und sich anständig benehmen! (Gegenrufe bei der WdU!)

Im folgenden beantwortet der Referent die verschiedenen Fragen und Kritiken der Debatte. Er stellt fest, daß das "Amtsblatt der Stadt Wien" versucht, in lebendiger Art darzustellen, was in der Stadtverwaltung vorgeht.

Was die Aberkennung von Mandaten anlangt, so besteht für die Gemeindeverwaltung keine Verpflichtung, daß Durcheinander im WdU-Klub zu ordnen.

Zu der Kritik von Dr. Altmann über die niedrigen Ansätze für Brennstoffe u.a. bei der Feuerwehr, sagt der Referent, daß für Beheizung 1952 271.000 Schilling eingesetzt waren und für 1953 363.000 Schilling vorgesehen sind.

Es ist auch nicht an die Auflassung von Feuerwachen gedacht, obwohl zum Beispiel die Feuerwache Grinzing im Jahr nicht einmal 50 Ausfahrten hatte.

Über die Kosten der Wählerverzeichnisse werde er genaue Zahlen ermitteln lassen und den Parteien bekanntgeben.

Der Ansatz für Lebensrettungsprämien stellt nur einen Evidenzwert dar, weil man ja nicht weiß, wieviele Menschen gerettet werden. Über die Höhe der Prämien wird der Gemeinderat zeitgerecht beschließen.

Bei dem Antrag des GR. Dr. Altmann, betreffend Vergütung an die Hausbesorger für Straßenreinigung, handelt es sich nicht nur um eine grundsätzliche Frage - in Norwegen und Schweden haben sich z.B. die getroffenen Regelungen nicht bewährt - , sondern auch um eine finanzielle. Selbstverständlich können so große Leistungen erst erbracht werden, bis die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind. Aber auch das Prämien-system scheint hier nicht der richtige Weg zu sein. Der Redner beantragt die Ablehnung des Antrages.

Zu der Bemänglung des GR. Dr. Altmann, daß Stadtrat Afritsch zuwenig statistische Daten gebracht habe, erklärt dieser, daß bei der Auswertung der Volkszählung der Bevölkerung außerordentlich viel statistisches Material bekanntgegeben wurde und er den Gemeinderat damit nicht langweilen wollte.

StR. Afritsch nimmt hierauf zu der Kritik des GR. Haim über die Konzessionserteilung beim Kino in Wr. Neudorf Stellung und führt aus, daß die Gemeinde Wr. Neudorf selbst das Kino seinerzeit mit hohen Kosten aus eigenen Mitteln erbaute und der nachmalige Besitzer es im Jahre 1938 um den Schleuderpreis von 28.000 M erhielt. Es sei selbstverständlich, daß er nun auf Schwierigkeiten stoße.

Gegenüber dem GR. Dr. Altmann müsse doch auf die positiven Leistungen unserer Wirtschaft und unserer Gemeindeverwaltung hingewiesen werden. Gerade die Arbeitslosenstatistik zeige, wie günstig sich die Investitions- und Bautätigkeit der Gemeinde

die Wiener Bevölkerung auswirke. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir hoffen, sagt StR.Afritsch, daß die nächsten Wahlen die demokratischen Kräfte in unserem Lande stärken, damit diese Wahl auch dazu beiträgt, daß Österreich ein freies Land und Wien eine freie und stolze Stadt sein kann. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die Ansätze der Gruppe X werden hierauf gegen die Stimmen des Linksblockes und der WdU angenommen; der Beschlußantrag Altmann wird abgelehnt.

Bilanz und Bedeckung

=====

StR.Resch weist rückblickend darauf hin, daß sich die Beratungen über das Budget in demokratischen Formen abgespielt haben und jedes Gemeinderatsmitglied die Möglichkeit hatte, seine ganze Meinung zu sagen, ohne befürchten zu müssen, daß daraus irgend welche Rückwirkungen entstehen oder Folgen abgeleitet werden, und ohne von den anderen Parteien darin gehindert worden zu sein.

StR.Resch stellt den Antrag, den Entwurf des Voranschlages im ordentlichen Teil mit Einnahmen von 2.649,632.600 Schilling und Ausgaben von 2.731,558.400 Schilling, im außerordentlichen Teil mit Einnahmen von 39,013.900 Schilling und Ausgaben von 133,517.000 Schilling zu genehmigen.

Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen ausgeglichen werden kann, in Rücklagen zu decken.

Die Ansätze der Posten 10, Hauptbezüge, 11, Nebenbezüge, 14, Ruhe- und Versorgungsgenüsse, 15, Sozialversicherungsbeiträge, und 19, Sonstige Personalauslagen, sind, jede Post für sich, durch sämtliche Rubriken des Voranschlages gegenseitig deckungsfähig.

Virements zwischen den Personalrubriken sowie Virements und Widmungsänderungen hinsichtlich der im Ausweis über die Investitionen und sonstigen größeren baulichen Herstellungen sowie Inventaranschaffungen verzeichneten Teilbeträge ein und derselben Post sind an die Zustimmung des Amtsführenden Stadtrates für Finanzwesen gebunden, soweit die Überschreitung im Einzelfall 10 Prozent des betreffenden Ansatzes bzw. Teilansatzes

oder 3000 Schilling übersteigt. Virements bis zu diesen Grenzen sind den anordnungsbefugten Dienststellen überlassen.

Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird ermächtigt, Ausgabensätze so weit zu sperren, wie die Kassenlage es erfordert.

GR.Dr. Soswinski (LBl.) erklärt, nachdem meine Fraktion das Budget ablehne, wäre es zwangsläufig, daß sie auch diesen Anträgen die Zustimmung nicht geben kann. Im besonderen warnt sie den Gemeinderat, wie in den vergangenen Jahren eine Bestimmung aufzunehmen, die dem Amtsführenden Stadtrat die Ermächtigung gibt, Ansätze zu sperren, die bereits die Genehmigung des Gemeinderates haben. Die hält das mit den Beschlüssen einer demokratischen Körperschaft über das Budget für unvereinbar.

StR.Resch betont in seinem Schlußwort, daß die Ermächtigung bereits zum sechsten Mal erteilt werde und daß er von ihr in den vergangenen fünf Jahren nie Gebrauch gemacht habe. Die Warnung sei nicht nötig, weil ein Mißbrauch dieser Ermächtigung nicht erfolgt ist und auch in Zukunft nicht erfolgen wird.

Zum Schluß der Budgetberatung dankt er unter dem lebhaften Beifall des Gemeinderates allen jenen Stellen, die an der Aufstellung, Beratung und Beschlußfassung des Budgets mitgewirkt haben. Er dankt weiter den Vorsitzenden des Gemeinderates, an der Spitze Bürgermeister Jonas, für die mustergültige und objektive Verhandlungsleitung, den Amtsführenden Stadträten für die Mitwirkung an der Budgeterstellung, den Gemeinderäten für ihre sachliche Mitarbeit, weiter dem Magistratsdirektor, dem Kontrollamtsdirektor sowie den Abteilungschefs der drei die Finanzgruppe bildenden Abteilungen.

Namentlich dankt er dem auf eigenen Wunsch in den Ruhestand tretenden Oberamtsrat Schneider, der den gesamten Budgetapparat leitete und dessen Korrektheit und Genauigkeit bei Erstellung des Budgets die Voraussetzung für die klaglose Ansarbeitung eines so großen Elaborates war. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Mit dem Dank an die Beamten und Beamtinnen der gesamten Gemeindeverwaltung schließt StR. Resch seine Ausführungen.

Die Ansätze werden bei der Abstimmung gegen die Stimmen der WdU und des LBl. angenommen. Damit ist das Budget der Gemeindeverwaltung für das Jahr 1953 genehmigt.

Im Anschluß daran zog der Gemeinderat die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen in Beratung.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

Eine Hunderteinjährige in Stammersdorf

=====

20. Dezember (RK) Frau Theresia Schuller erreichte heute das 101. Lebensjahr. Namens der Stadtverwaltung begrüßte Vizebürgermeister Honay das greise Geburtstagskind. Er wünschte der ältesten Stammersdorferin, sie möge sich weiterhin ihrer Gesundheit erfreuen und überbrachte ihr mit einem Glückwunschsreiben des Bürgermeisters auch eine Ehrengabe der Stadt Wien. Unter den offiziellen Gratulanten befanden sich Bezirksvorsteher Theumer und der Stammersdorfer Ortsvorsteher Josef Hackl, die Mutter Schuller die Geburtstagsgrüße der gesamten Bevölkerung des linken Donaufers übermittelten.

Frau Schuller ist unter den acht Wiener Frauen, die das hundertste Lebensjahr überschritten haben, die Dritttälteste. Zugleich ist sie aber die einzige, die in Wien geboren wurde. Sie lebte ununterbrochen in Stammersdorf, wo auch ihre drei Kinder, zwei Töchter und ein Sohn, zur Welt kamen. Die älteste Tochter ist 74 Jahre alt. Frau Schuller ist Großmutter und Urgroßmutter von 11 Enkelkindern und 19 Urenkeln.

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge

=====

20. Dezember (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 18. November von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Eichbüchel" gebracht wurden, am Montag, dem 22. Dezember, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 14.25 Uhr vom Südbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

Pferdemarkt vom 18. Dezember

20. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 17 Pferde. Als Schlächterpferde wurden 15 verkauft, unverkauft blieben 2. Der Marktverkehr war flau.

Herkunft der Tiere: Wien 2, Niederösterreich 12, Burgenland 3.

Die Städtischen Unternehmungen

=====

Amtsführender Stadtrat Nathschläger verweist darauf, daß die Aufstellung der Voranschläge für die sechs Unternehmungen der Gemeinde wesentlich einfacher als im Vorjahre war, da die Ansätze mit denen des Jahres 1952 ohneweiters verglichen werden konnten und das notwendige Vertrauen zu den ~~erst~~ erstellten Wirtschaftsplänen in jedem Moment vorhanden war. In einer Atmosphäre von Ruhe und Sicherheit, die seit mehr als einem Jahr anhält, haben die Wiener Stadtwerke und die übrigen Unternehmungen ihre Berechnungen angestellt.

Die Summe der Aufwendungen als auch der Erträge für die Städtischen Unternehmungen überschreiten erstmalig die 2-Milliarden-Grenze. Die Aufwendungen belaufen sich auf 2.023 Millionen, die Erträge auf 2.002 Millionen Schilling. Der Verlust für alle sechs Unternehmungen zusammengenommen ist mit 20,5 Millionen um 1,5 Millionen niedriger als im Voranschlag 1952.

Die Wiener Stadtwerke als wirtschaftliche Konstruktion haben sich mit der Möglichkeit eines Lasten- und Riskenausgleiches in sich in einem bisher noch nicht erprobten Ausmaß bewährt, das besondere Anerkennung verdient. Die Zusammenfassung der Teilunternehmungen in einer höheren Organisationsform stellt die Realisierung des Grundsatzes dar: "Alle für einen und einer für alle!"

Den aktuellen Anlaß zur Zusammenfassung bot die Notwendigkeit einer forcierten Hilfeleistung an die Wiener Verkehrsbetriebe, die aus eigener Kraft nicht imstande sind, die unbedingt erforderliche Erneuerung und Auffüllung des Wagenparkes sowie die Modernisierung anderer Betriebseinrichtungen durchzuführen. Es wird eine Reihe von Jahren dauern, um den Betrieb investitionsmäßig wieder in Ordnung zu bringen.

Der zweite tragende Gedanke bei Aufstellung der Wirtschaftspläne war ferner, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um das Investitionsvolumen an sich zu erhöhen. Daß dabei naturgemäß die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in Frage kommt, ist außerordentlich erfreulich und wird unserer Wirtschaft über die Auswirkungen der Direktaufträge hinaus neue Impulse geben. Dabei wird die Investitionserhöhung in keiner Weise die bestehenden Tarife beeinträchtigen, ja auf dem Gebiete des Bestattungswesens wird sich sogar eine einschneidende Senkung ermöglichen lassen.

Als dritte Erwägung bei Aufstellung der Voranschläge war maßgebend, die in absehbarer Zeit anleihenbedürftigen Unternehmungen möglichst ausgeglichen zu bilanzieren, um damit zumindest von dieser Seite aus die Voraussetzung für die Gewährung von Darlehen im größeren Umfange zu schaffen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß infolge unserer staatspolitischen Situation bisher der Weg für privates ausländisches Kapital nach Österreich noch nicht freigemacht werden konnte.

In Wien besteht seit längerer Zeit der Plan für die Errichtung eines Fernheizwerkes, wobei an einen schrittweisen Ausbau gedacht werden könnte. Auch bei den Gaswerken ist eine freie nicht ausgenützte Kapazität zu verzeichnen.

In der Vergebung von Aufträgen an die Privatwirtschaft konnten bisher gute Erfolge erzielt werden. In der Hauptwerkstätte der Verkehrsbetriebe werden seit längerem Untersuchungen darüber geführt, um durch ein entsprechend geändertes Entlohnungssystem die Produktivität der Arbeit zu erhöhen. Durch die Einführung einer modernen Arbeitsvorbereitung würden weitere Möglichkeiten einer wirtschaftlicheren Gebarung gegeben sein.

Das Bauprogramm der Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Städtischen Unternehmungen wurde in diesen Tagen zur Gänze abgeschlossen; damit konnten fast 500 Angehörige der Stadtwerke ihre neuen Heimstätten beziehen.

Seit einigen Wochen laufen in Wien Autobusse, auf denen der sogenannte Fahrgastfluß und der sitzende Schaffner eingeführt wurden, mit zufriedenstellendem Erfolg. Es ist klar, daß man sich an jede Neueinrichtung gewöhnen muß, trotzdem hat es bisher keine Klagen über diese neue Einrichtung gegeben. Ein neues, den Verkehrsablauf in der Großstadt revolutionierendes Ereignis hat sich damit auch in Wien durchgesetzt und die Umstellung unserer Verkehrsmittel wird schon im kommenden Jahr in sehr fühlbarer Weise auf die neue, im Ausland bereits seit langem eingeführte, bewährte Form erfolgen.

Im Verkehr ist in den letzten Tagen auch ein neonbeleuchteter 3-Wagenzug der Linie D sichtbar geworden, der seine Probefahrten macht. Wenn die Versuche günstig ausfallen, werden alle neuen Wagen die im Jahre 1953 im Programm sind, bereits mit Neon-

röhren ausgerüstet werden. Auch der erste vierachsige Großraumwagen wird schon konstruiert. Der erste Musterzug wird im kommenden Jahr bereits im Verkehr zu sehen sein. (Beifall bei den Parteigenossen.) Es ist ein gutes Zeichen, daß sich die Satyre des Großraumwagens bereits bemächtigt hat, und die Schwarzfahrer überlegen sich schon jetzt, wie sie dem Großraumwagen ein Schnippchen schlagen können. Es wird ihnen nicht gelingen!

Dem Wirtschaftsplan 1953 wurden im Personalsektor (bei sämtlichen sechs Unternehmungen zusammen) 21.133 aktive Bedienstete zugrunde gelegt, das sind um 455 weniger als 1952. Die Zahl der Pensionisten ist mit 18.138 veranschlagt, das ist um 117 mehr als 1952. Die Personalkosten für Aktive steigen gegenüber dem Vorjahrsansatz bei allen Unternehmungen zusammen nur um rund 1,5 Millionen, das sind 0,33 Prozent, auf 482,2 Millionen Schilling. Ausschlaggebend für diese geringe Erhöhung des Aufwandes für die Aktiven ist die angenommene Personalverringerung um nicht weniger als 455. Der für die Pensionisten ausgewiesene Aufwand beträgt 188,7 Millionen, das ist um 6,76 Prozent mehr als 1952. Die Personaltangente beträgt für sämtliche Unternehmungen 33,25 Prozent der Gesamtaufwendungen gegenüber 34,6 Prozent für 1952. Der Gesamtpersonalaufwand steigt bei den Unternehmungen insgesamt um 2,12 Prozent gegenüber 1,1 Prozent im Hoheitsbereich. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Unternehmungen in einem weit höheren Maß durch die zusätzlichen Aufsatzstufen, die Erhöhung der Überstundensätze sowie durch die Pensionsangleichung in Anspruch genommen werden. Es muß darauf hingewiesen werden, daß durch eine Reihe von Verbesserungen auf dem Lohnsektor im letzten Halbjahr, die für die drei Unternehmungen der Wiener Stadtwerke allein die ansehnliche Summe von ca. 14 Millionen Schilling pro Jahr erreicht haben, ein wesentlicher Teil der erzielten Rationalisierung wieder aufgehoben wird und infolge solcher Maßnahmen an sich mögliche Investitionen unterbleiben müssen. Es muß auf diese Dinge aufmerksam gemacht werden, weil immer wieder versucht wird, die Mehrbelastungen, die im Einzelfalle bestimmt nicht erdrückend sind, zu bagatellisieren.

Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die sozialen Einrichtungen bei allen Unternehmungen noch lange nicht auf gleicher Höhe sind. Es wird daher im kommenden Jahr besondere Aufgabe sein, die Expeditionen der Wiener Verkehrsbetriebe nach Möglichkeit zu modernisieren und die hygienischen Einrichtungen in den Werkstätten zu verbessern. Als langgehegten Wunsch bezeichnet Stadtrat Dkfm. Nathschläger auch eine Verbesserung und Modernisierung der Uniformierung des Fahrpersonals, besonders bei den Sommeruniformen. Zu betonen ist, daß die erzielten Verbesserungen im Zuge der Entwicklung der Stadtwerke in keiner Weise mit der Verwaltungs- und Betriebsreform des Ressorts von Stadtrat Sigmund zusammenhängen.

Die Investitionen haben sich gegenüber dem Voranschlag 1952 von 293 Millionen auf 356,6 Millionen Schilling, somit um 63,5 Millionen oder 12,16 Prozent erhöht. In den Hauptpositionen werden somit bei den E-Werken um 11,5 Millionen Schilling, bei den Gaswerken um 14,3 Millionen Schilling und bei den Verkehrsbetrieben um 38 Millionen Schilling mehr investiert werden als im heurigen Jahr. Der Sachaufwand der Unternehmungen, der sich aus Rohstoffen, Hilfsstoffen, Dienstleistungen verschiedenster Art usw. zusammensetzt, beläuft sich auf rund 1.094 Millionen Schilling. Die Städtischen Unternehmungen tragen somit durch ihren Aufwand für Investitionen und durch den sogenannten Sachaufwand von zusammen 1.450 Millionen Schilling in außerordentlich wirksamer und fühlbarer Weise für die Beschäftigung der Wirtschaft und der in ihr tätigen Menschen bei. Diese Aufwendungen sind nur um 26 Prozent geringer, als die des ganzen übrigen Bereiches der Stadt Wien.

Bei den Stadtwerken werden für Löhne und Gehälter 424,5 Millionen gegen 424,1 Millionen im Jahre 1952 aufgewendet. An außerordentlichen Aufwendungen sind im Erfolgsplan selbst nur 720.000 Schilling ausgewiesen. Darin sind nicht enthalten die insgesamt 140.000.000 Schilling, die von den E-Werken und Gaswerken zusammen an die Verkehrsbetriebe abgeführt werden. Stadtrat Dkfm. Nathschläger erläuterte anschließend die Berechnungen, nach denen diese Erfolgspläne bei den Stadtwerken erstellt wurden. Der Erfolgsplan der Wiener Stadtwerke schließt mit einem Abgang von 20,1 Millionen Schilling ab.

Bei den E-Werken ist ein Mehraufwand von 1,6 Millionen Schilling für das Kraftwerk Simmering zu verzeichnen, außerdem Mehraufwände für verschiedene Umspannwerke und Unterwerke, und u.a. für die Aufstellung eines Hochleistungskessels in Simmering. Für das Umspannwerk West müssen noch 6 Millionen Schilling aufgewendet werden. Beim Gaswerk ist mit einem gesamten Mehraufwand von 14,3 Millionen Schilling zu rechnen. Für Kriegsschädenbehebung werden ungefähr 2 Millionen Schilling aufgewendet. Gasmesser müssen neu aufgestellt und erneuert, Straßenrohrnetze verlegt und viele andere notwendige Erneuerungen und Verbesserungen sollen vorgenommen werden.

Die freien Investitionen bei den Verkehrsbetrieben werden um 38 Millionen Schilling größer sein als für 1952 veranschlagt war. Es werden somit 128,3 Millionen für 1953, 90,3 Millionen aus 1952 gegenüberstehen. Von den Mehrinvestitionen entfallen auf die Straßenbahn 13,8 Millionen, auf die Stadtbahn 18,5 Millionen und auf den Autobusbetrieb 6,4 Millionen Schilling. Seit dem Ende des Krieges wurden 122 Triebwagen, 90 Beiwagen, 82 Autobusse, 10 Obusse sowie 21 Autobus- bzw. Obusanhänger, neu angeschafft; 69 Triebwagen, 40 Beiwagen und 59 Autobusse aus den Beständen vollkommen erneuert. Im Investitionsplan für 1953 ist die Anschaffung von 36 Großraumwagen mit Fahrgastfluß und sitzenden Schaffnern vorgesehen, die auf der Linie 46 eingesetzt werden sollen. Außer diesen 36 vierachsigen Großraumwagen sollen 217 Wagen aus alten, stark kriegsbeschädigten Beständen vollkommen neu und modern aufgebaut werden.

Mit den zwei Muster-Großraumwagen werden im Laufe des kommenden Jahres 177 neue Einheiten für Straßenbahn und Stadtbahn geliefert werden. Außerdem werden 20 Autobusse mit Fahrgastfluß und sitzendem Schaffner angeschafft. Diese Lieferungen stellen das Maximum der Kapazität der heimischen Waggonfabriken dar.

Ausführlich sprach der Referent über die Verbesserung der Bremseinrichtungen. Dafür sind 1953 4 Millionen Schilling vorgesehen. Bis Ende dieses Jahres konnten bereits zusammen mit den neuen Triebwagen 242 Wagen mit magnetischen Schienenbremsen ausgerüstet werden.

Die modernen Triebwagen werden wie Stadtrat Dkfm. Nathschläger mitteilte, nicht mehr auf dem Ring fahren, sondern vor allem auf gefährdeten Strecken, wie zum Beispiel auf den Linien 8 und 118. Auch an die Ausrüstung mit einer Sicherheitsbremsschaltung ist gedacht, die jedoch nur bei neuen Wagen möglich ist. 311 Wagen sollen mit dieser Sicherheitsbremsschaltung ausgestattet werden. Insgesamt stehen also derzeit 354 Wagen mit verbesserten Bremsanlagen zur Verfügung.

Der Referent teilte auch mit, daß die Absicht besteht, ein psychotechnisches Institut, ähnlich wie in Mailand, einzurichten, um durch psychotechnische Eignungsprüfungen nach modernsten Grundsätzen die Unfallhäufigkeit bei den Verkehrsbetrieben zu vermindern.

Im kommenden Jahr wird auch wieder eine Reihe von Stadtbahnstationen hergerichtet.

Hierauf berichtete der Referent über die Voranschläge der kleineren Unternehmungen. Das Brauhaus der Stadt Wien wird im kommenden Jahr 150.000 Hektoliter Bier erzeugen, gegenüber 146.000 in diesem Jahr.

Die Aufwendungen für die Städtische Bestattung sind mit rund 47,4 Millionen veranschlagt, die Erträge mit rund 47,8 Millionen, sodaß sich ein Gewinn von 368.000 Schilling ergibt. Im kommenden Jahr wird sich die Übernahme der privaten Bestattungen in einer besseren Ausnützung der Betriebsmittel auswirken. Eine Tarifsenkung von fast 10 Prozent wird der Wiener Bevölkerung auf diesem Gebiete 3 Millionen Schilling ersparen. Die Bestattung rechnet im kommenden Jahr mit 320.000 Bestattungsfällen.

Die Gewista hat für 1953 Aufwendungen von 8,7 Millionen vorgesehen, Erträge von 8,8 Millionen, der Erfolg ist mit 127.200 Schilling veranschlagt.

Zum Abschluß seines Berichtes sagte Stadtrat Dkfm. Nathschläger, daß nach seiner Meinung die Leistungen der Städtischen Unternehmungen in entscheidender Weise am wirtschaftlichen Leben in Wien beteiligt sind. Von der Pflichterfüllung der mehr als 20.000 Beschäftigten hängt es ab, wie sich das Leben in der Bundeshauptstadt abwickelt. Der Referent sprach allen für ihre im Dienste der Stadt geleistete Arbeit den Dank aus. (Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.)

GR. Wicha (WdU) erklärt, die Städtischen Unternehmungen bilden in vieler Hinsicht ein genaues Spiegelbild der Stadtverwaltung. Nur das Verhältnis der aktiven Bediensteten zu den Pensionisten sei bei den städtischen Betrieben noch ungünstiger. Auch bei den Unternehmungen zeigten sich Anzeichen einer Stagnation. Wenn doch in manchem ein gewisser Aufstieg zu verzeichnen sei, so sei er leider, wie beim Brauhaus der Stadt Wien, in ~~volkswirtschaftlicher und bevölkerungspolitischer~~ Hinsicht nicht von Vorteil.

Eine ganz besondere ~~Rückentwicklung~~ zeigten die Verkehrsbetriebe auf. Hier sei der Frequenzabfall so bedeutend, daß im Jahre 1953 der Tiefstand des Jahres 1937, also eines Jahres mit der größten Arbeitslosigkeit, erreicht würde. Trotz dieser enormen Abnahme des Straßenbahnverkehrs sei es noch immer nicht gelungen, diesem fast einzigen Verkehrsmittel für die Bevölkerung einen Wagenpark zur Verfügung zu stellen, der den Anforderungen genügen könnte. Die Unabhängigen hätten bereits vor Wochen Sofortmaßnahmen beantragt, um die **beängstigende** Überfüllung der Straßenbahnen zu mildern, die die Hauptursache für die vielen Verkehrsunfälle sei. Wenn es sich um ein Geschäft handle, wie etwa beim Abtransport großer Menschenmassen von Sportveranstaltungen, stünden genügend Wagen zur Verfügung. Warum könne man dies nicht auch zu den Verkehrsspitzen tun? (GR. Fürstenhofer: Es fehlen uns die Wagen, die Sie uns seit 1940 weggeführt haben!) Auf dem Ring sei der Verkehr ab acht Uhr abends einer Großstadt nicht mehr würdig, da nur alle Viertelstunden ein Wagen daherkomme. (GR. Ing. Rieger: Ein Beweis dafür, daß zu den Verkehrsspitzen mehr Wagen eingesetzt werden, was Sie gerade verlangt haben!) Seine Fraktion sei nicht in der Lage, für die Ansätze dieses Kapitels zu stimmen.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) kritisiert es, daß man aus den Mitteln der Strom- und Gasbezieher Beträge abzweige und diese für andere Zwecke, vor allem für die Verkehrsbetriebe verwende. Damit lege man dem Bezieher von Gas oder Strom eine Steuer auf, während man den Autofahrer, den Hausbesitzer oder den Teilhaber einer Aktiengesellschaft ungeschoren lasse. Im kommenden Jahr werde der Umsatz des Gaswerkes und des E-Werkes 1,166 Millionen Schilling betragen.

Von diesem Umsatz ergeben sich 140 Millionen Schilling Gewinne, die für andere Zwecke verwendet werden. Es wäre möglich, beim Gas- und Strompreis eine Preisreduktion von durchschnittlich 12 Prozent durchzuführen, also z.B. den Kubikmeter Gas von 87 auf 77 g herabzusetzen. Statt dessen decke man aber eine Steuerpolitik, die die Reichen schone und die Armen treffe.

Die Transportverhältnisse bei den Verkehrsbetrieben sind sehr mangelhaft, aber diese Mangelhaftigkeit wird noch durch unsinige Sparmaßnahmen vergrößert, so z.B. dadurch daß an sich vorhandene Beiwagen bei hoher Verkehrsfrequenz abgekuppelt und Tachometer sowie elektrische Scheibenwischer für die Fahrer nicht beschafft werden. Unter keinen Umständen sollte es geduldet werden, daß innerhalb des Weichbildes von Wien Verkehrsleistungen durch Private erbracht werden, was letzten Endes zu Preiserhöhungen führen würde.

Auf Probleme des Personals eingehend, erwidert der Redner dem Sprecher der ÖVP, der die Verwendung von nur staatstreuen Personen gefordert hatte, daß sich die Staatstreue einzelner in den Jahren seit 1934 wiederholt geändert habe. Jedem Gemeindebediensteten müsse es überlassen sein, welcher politischen Anschauung er zuneige.

Dr. Soswinski stellt schließlich zwei Anträge, und zwar auf Einführung einer Fünftage-Wochenkarte sowie auf Ausgabe von erheblich verbilligten Lehrlingswochenkarten.

Ing. Rieger (ÖVP) widerspricht der Behauptung seiner Vordner, daß die Koalitionsparteien an der angeblich schlechten wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes schuld seien. Dem widerspreche auch die Entwicklung der Städtischen Unternehmungen, bei denen von einer Stagnation nicht die Rede sei, bei denen sich vielmehr in der Gesamtheit eine Verbesserung der Entwicklung zeige. Im kommenden Jahr sind allein bei den Stadtwerken 470 Millionen Schilling für Investitionen vorgesehen. 1952 wurden 16,4 Prozent des Gesamtertrages der Unternehmungen für Investitionen vorgesehen, 1953 sollen es 18 Prozent sein. Die umsichtige Leitung dieser Verwaltungsgruppe hat Wesentliches nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch für das kommende Jahr geleistet.

Der Hauptgrund, warum trotzdem nicht alle Wünsche erfüllt werden können, liegt darin, daß die Verkehrsbetriebe eine schwere Hypothek an Kriegsschäden mitgebracht haben. 160 Millionen Schilling stellen die zwei gesunden Brüder, die E-Werke und die Gaswerke, im Jahre 1953 für die Verkehrsbetriebe zur Verfügung, während es im Jahre 1952 nur 91 Millionen waren. Trotzdem werden bei den Verkehrsbetrieben nur 130 Millionen für Investitionen freisein. Groß sei die Belastung der Stadtwerke durch die Gebrauchsgebühren.

Trotz aller Schwierigkeiten hat sich die ÖVP ihren Optimismus hinsichtlich der Weiterentwicklung der Stadtwerke niemals nehmen lassen und hat in allen Budgetdebatten eindeutige und klare Wünsche vorgebracht, die zum Teil auch schon verwirklicht wurden. Unter diesen Wünschen sind: der Stadtbahn den Charakter einer Schnellbahn zu geben, grundlegende Änderung der Verkehrsplanung, Erweiterung der Stadtbahn unter Bedachtnahme auf eine Verbindung mit den zur Elektrifizierung kommenden Bundesbahnen, Großraumwagen für die Straßenbahn, Modernisierung verschiedener Straßenanlagen, Beseitigung der Massenverkehrsmittel weg von der Straße, Verlängerung der Stadtbahn nach Norden und Süden, nach Süden vor allem, um eine geplante Tochterstadt näher an Wien heranzubringen. Aus den bisher Geplanten und dem bereits in Vorbereitung Stehenden sei ohneweiters zu ersehen, daß die ÖVP mit diesen Dingen nicht Propaganda mache, sondern sie wohl überlegt habe. GR.Rieger tritt sodann für die Schaffung eines U-Bahnprojektes ein. Wenn man auf Jahre hinaus planen kann wo die Industrieanlagen hinverlegt und andere größere Bauvorhaben aufgeführt werden sollen, müsse diese Planung auch für die U-Bahn möglich sein. Der Redner regt auch Verhandlungen mit der Bundesbahn an, deren Zweck die Einbeziehung des Vorortelinien-systems in die Stadt- und U-Bahn sein soll. Auch die Schaffung eines entsprechenden Verkehrsstraßennetzes für den innerstädtischen Verkehr wäre notwendig. Der Redner weist darauf hin, welche große Bedeutung in anderen Städten dem Mietwagen als Verkehrsmittel zukommt. Es wäre sicherlich eine Aufgabe der Stadt Wien, sich dieses in unserer Stadt so darniederliegenden Mietwagen-problems anzunehmen und Vorschläge zu erstellen, wie dieses Miet-wagensystem auch in Wien breiten Massen zugänglich gemacht werden

könnte. In Verbindung mit der Planung eines Wiener Lafens müßte auch ein hydraulisches Donaukraftwerk zur Besserung der eigenen Stromaufbringung der E-Werke geschaffen werden.

Der Redner weist darauf hin, daß bei der Erzeugung der Großraumtriebwagen auf alle Wünsche Rücksicht genommen wurde. Sie erreichen eine Geschwindigkeit bis zu 60 Kilometer in der Stunde, sind gummigefedert, mit verschiedenen modernen Bremsen ausgestattet und verfügen über Ventilatoren zur ausreichenden Lüftung. Den Umbau alter Stadtbahnwagen bezeichnet der Redner als vielleicht nicht ganz zweckmäßig, denn gerade die Stadtbahn könnte eine Schnellbahn sein und sollte mit modernen Wagen ausgestattet werden. Die Beitragsleistung der Verkehrsbetriebe zum Straßenumbau bei dem auch Schienen verlegt werden bezeichnet der Redner als nicht gerechtfertigt.

Ein dringendes Bedürfnis wäre die Verlängerung der Stadtbahn vom Gürtel nach Heiligenstadt. Die Schaffung einer Stelle für psychotechnische Prüfungen der Fahrer ist begrüßenswert.

GR.Rieger tritt sodann für ein Mitspracherecht des Stadtrates Nathschläger in Personalfragen für seinen Geschäftsbereich ein. Begrüßenswert ist, daß der erste Ausbau der kalorischen Werke in Simmering fast abgeschlossen ist und die E-Werke das Hauptaugenmerk im kommenden Jahr auf den Ausbau der Umspann- und Unterwerke, der Lastverteiler, des Leitungsnetzes und sonstiger vordringlicher Aufgaben legen können. Der weitere Ausbau der kalorischen Werke dürfe in Zukunft nicht vergessen werden. Auch die Erzeugung von Wärme und Energie in Fernheizkraftwerken wird sicher in den nächsten Jahren nötig werden. Projekte hierfür sind bereits ausgearbeitet, so daß bei Aufbringung der erforderlichen Mittel an die Verwirklichung herangegangen werden kann. Es müßte auch Wege gefunden werden, um die Elektrifizierung in den Siedlungsgebieten zu ermöglichen.

Der Redner verweist darauf, daß die Gaswerke im kommenden Jahr alle ihre großen Investitionen abgeschlossen haben werden und sich ab 1954 hauptsächlich der Rationalisierung und Modernisierung zuwenden können. Als notwendig bezeichnet der Redner die Novellierung des Gebrauchsgebührengesetzes.

Abschließend bittet GR. Rieger die Voraussetzungen zu schaffen, daß die von seiner Partei vorgeschlagenen Planungen verwirklicht werden können, die Bevölkerung werde es allen danken. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Adelpoller (SPÖ) geht auf die Ausführungen seiner Voredner ein. Solange wir die Besatzung haben, sagte er, werden wir kaum Anleihen bekommen.

Wenn man die Gas- und Stromtarife ermäßigen wollte, dann müßte man mit den Tarifen der Straßenbahn erheblich hinaufgehen.

Was das Fernheizwerk betrifft, so hat der Müll in Wien viel zu wenig Heizwert.

Zu den technischen Neuerungen bemerkte der Redner, man möge nicht zu viel Sicherungen einrichten. Bei den Großraumwagen auf denen vier Bremsen vorhanden sind, muß fast schon ein Ingenieur auf dem Wagen stehen. Die Einführung von Sommeruniformen begrüßt der Redner.

Er weist ferner den Vorwurf des Linksblockes über die verstärkte Arbeitslosigkeit zurück. Die Gemeinde Wien hat jedenfalls zur Steigerung der Arbeitslosigkeit nichts beigetragen, im Gegenteil.

Beim Brauhaus der Stadt Wien müsse der technische Apparat verringert werden.

Die Wahlen sind für die Gewista kein besonders Geschäft da sie den Parteien 25 Prozent Rabatt geben muß.

Der Vorkämpfer für die Kommunalisierung des Bestattungswesens war Dr. Lueger. Er würde sich im Grabe umdrehen, wenn er erfahren könnte, was seine politischen Nachfahren aus dieser Kommunalisierung gemacht haben, nämlich ein Geschäft für die Besitzer der Bestattungskonzessionen. Die Städtische Bestattung wird 20 Jahre an Leibrenten usw. zahlen müssen. Die nun in Wien vollzogene, fast vollständige Kommunalisierung hat sich für die Stadtverwaltung günstig ausgewirkt. Es ist nun notwendig, den Abschluß dieser nach dem Krieg eingeleiteten Entwicklung dadurch herbeizuführen, daß weitere Bemühungen um Übernahme der noch bestehenden Bestattungsunternehmungen, wie Dewanger in Hadersdorf und Purkersdorf oder Fuchs in Klosterneuburg eingeleitet werden. Die fortschreitende Kommunalisierung des Bestattungswesens ermöglicht eine durchschnittliche Tarifsenkung von 10 Prozent, die in Aussicht genommen ist, wobei die Senkung bei den billigeren Begräbnissen bis zu 20 Prozent betragen wird.

Was den Straßenbahnunfall in Hetzendorf betrifft, sagte der Redner, könne man noch so viel Sicherheitseinrichtungen schaffen, aber es wird doch immer geschehen können, daß ein Mensch versagt.

Zu den Vorwürfen des Linksblockes sagt er, wenn seine Gemeinderäte wirklich Einfluß in der Partei haben, dann mögen sie zu ihrem großen Bruder gehen und sagen, daß es in Wien 113 Usiabetriebe gibt, die von den E-Werken mit Strom beliefert, und 102, die von den Gaswerken versorgt werden. Der größte Teil dieser Betriebe bezahlt die Rechnungen regelmäßig, während der kleinere Teil als schlechter Zahler anzusprechen ist. Bei den E-Werken betrugen zum Beispiel die Usia-Oktober-Rechnungen 3,3 Millionen Schilling, davon entfielen auf die guten Zahler 63 Prozent. Bei den Gaswerken entfallen von den Oktober-Rechnungen von 750.000 Schilling auf die regelmäßigen Zahler 31 Prozent. Die ausständigen Rechnungen beim E-Werk betrugen am 16. Dezember mehr als 3 Millionen Schilling. Es wäre Pflicht der Wiener Stadtwerke, diese säumigen Zahler nicht besser zu behandeln als die österreichischen Konsumenten und ihnen wenn sie nicht bezahlen, wie man in Wien sagt "die Gas abdrehen".

Aber nicht nur die Usiabetriebe schulden große Beträge, sondern auch zum Unterschied von den anderen drei die russische Besatzungsmacht. Die Außenstände belaufen sich seit 1948 auf mehr als 20 Millionen Schilling. Seit Jahren finden deswegen mit den Russen Verhandlungen statt. Bisher ohne Erfolg. Das russische Element gestattet auch den Inkassanten das Betreten der Lokale nicht. Selbst das Angebot, sie mit verbundenen Augen begleitet von einem Soldaten zum Meßgerät oder zum Zähler hinzuführen, wird abgelehnt. Die Schätzungen der verbrauchten Strommengen werden jedoch als unrichtig zurückgewiesen.

Der Redner stellte ferner bezüglich des Gaspreises Vergleiche mit anderen Ländern an. Während in Wien ein Kubikmeter Gas 85 Groschen kostet, einer der niedrigsten Preise in Europa, kommt ein Kubikmeter in München auf 1,25 Schilling, in der Schweiz auf 1,36 und in der CSR auf 1,28 Schilling.

Dabei ist der Gaspreis in Wien zum Vergleich mit den Kosten der Steinkohle ganz außerordentlich zurückgeblieben. Während man früher für den Preis von 50 Kilo Kohle 8.4 Kubikmeter Gas bekam, bekommt man heute 31 Kubikmeter. Dabei brauchen die Gaswerke für die Gaserzeugung im Jahr 450 Tonnen Kohle.

Der Redner wies auch darauf hin, daß die amerikanische Kohle, dadurch, daß die Frachtsätze herabgesetzt wurden, billiger kommt als die Kohle, die kaum 100 km von Wien entfernt in der CSR liegt. Und da machen die Kommunisten den Vorwurf, man wolle mit dem Osten keine Geschäfte machen.

GR. Adelpoller erwähnte auch eine Neueinführung, die beabsichtigt ist. Die Gaswerke gehen daran, einen sogenannten Hausdienst einzurichten, der die Gasgeräte nachprüft, damit künftig weniger Unfälle geschehen.

Zum Abschluß seiner Ausführungen sprach GR. Adelpoller den Bediensteten der Stadtwerke und der Unternehmungen seinen Dank aus. (Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Nathschläger erklärt in seinem Schlußwort zur Überfüllung der Wagen auf den Straßenbahnen: Die Wiener sehen jetzt schon sehr wohl auf Grund der zusätzlich in Verkehr gestellten Fahrbetriebsmittel, daß auf dem Gebiete der Straßenbahn bereits Erhebliches geschehen ist und noch weiterhin geschehen wird. Wenn wir trotzdem noch nicht alle Schäden beseitigen konnten, so trifft uns kein Vorwurf, denn wir haben in der uns zur Verfügung gestandenen Zeit das Mögliche vorgekehrt; mehr konnten wir in dieser Zeit nicht erreichen.

Das Tempo und das Volumen der Verkehrsverbesserung steigert sich von Jahr zu Jahr. Bis 1952 ist es gelungen, fast 500 Einheiten auf Straßenbahn und Autobus zu schaffen. Im kommenden Jahr kommen 187 dazu. Wir werden also bis Ende 1953 insgesamt über etwas 700 neue bzw. total erneuerte Wagen auf Straßenbahn, Stadtbahn und auf den Autobusbetrieben verfügen. Wir können hoffen, daß wir in wenigen Jahren über den Berg gekommen sind und Verhältnisse geschaffen haben werden, die uns den Vergleich mit anderen Städten ohne weiteres ermöglichen.

Wir sind bestrebt, beim Bau von neuen Wagen, die in der Regel selbstschließende Türen haben, auch die Unfallgefahren sukzessive einzuschränken. Die Dichte des Verkehrs wird ebenso wie im Ausland einzig und allein nach der Frequenz ausgerichtet. Wenn die Frequenz nachläßt, wird auch eine entsprechende Änderung in der Wagenführung vorgenommen. Es ist nicht gleichgültig, ob man einen Wagen noch mitlaufen läßt oder ob er abgestellt werden kann. Die Frage der genutzten Wagenkilometer spielt eine außerordentlich große Rolle. Wir müssen auch bei den Verkehrsbetrieben ein Optimum an Wirtschaftlichkeit erreichen. Zu diesem Zweck führen wir laufend Verkehrskontrollen durch. Die Frequenz wird immer überwacht und danach der Verkehr eingerichtet. Das kann und soll auch wechseln, denn der Verkehr soll so wirtschaftlich als möglich geführt werden. Die Städtischen Unternehmungen sind kaufmännisch zu führende Unternehmungen und können keine Fürsorgeinstitute für irgendwelche Zwecke darstellen; dennoch leisten die Verkehrsbetriebe nicht weniger als 40 Millionen Schilling im Jahr an außerordentlichen Tarifbegünstigungen.

Der neue Großraumwagen der Wiener Straßenbahn wird nicht mehr den Fehler aufweisen wie die Type B, bei der die Lüftung mangelhaft war. Es werden alle Fenster so zum Herunterziehen sein, daß die Zugluft auch die ^{Köpfe der} Fahrgäste bestreichen kann. Aber auch bei den Wagen der Type B wird bis zum Beginn der wärmeren Jahreszeit alles vorgekehrt sein, daß die Lüftung zu keiner Klage mehr Anlaß gibt. Wir werden sämtliche Fenster zum Herunterziehen bringen und werden auf diese Weise die "Sauna-Wagen" den Wienern nicht mehr präsentieren.

Die überschüssigen Gewinne von Gaswerk und E-Werk sind bei den Verkehrsbetrieben nicht schlecht angelegt. Wir können daher auch die Tarife bei Gas und Strom nicht senken.

Die beiden Anträge Dr. Soswinskis auf Einführung einer 5-Tage-Wochenkarte und einer verbilligten Wochenkarte für Lehrlinge empfiehlt der Berichterstatter, der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuführen.

Der Betrieb der Sportanlage auf der Hohen Warte wird verkehrstechnisch eine äußerst prekäre Situation schaffen, da mit der Linie D ein derart massierter Ansturm von Fahrgästen nicht bewältigt werden kann. Da das Projekt der Strecke Gürtel-Heiligenstadt aber insgesamt auf einen Betrag von 35,6 Millionen geschätzt wird, wird es aller Wahrscheinlichkeit nach notwendig sein, zumindest ein Provisorium durchzuführen. Ich glaube, erklärt der Stadtrat, daß es möglich sein müßte, im nächsten Jahr außerhalb des Investitionsplanes einen Betrag für ein solches Provisorium aufzubringen.

Auf die Ausführungen des GR.Adelpoller erwidert er, daß bei der Fernheizanlage nicht an die Verbrennung von Müll, sondern vielmehr an die Verwendung der Abwasserwärme der städtischen E-Werke gedacht sei.

Die Verhandlungen mit den tschechischen Kohlenlieferanten sind abgebrochen worden, weil wir wollen, daß die Tschechen zu den gleichen Preisen wie die Polen liefern, und dieses Zugeständnis von den Tschechen noch nicht erreichen konnten. Es ist aber zu hoffen, daß diese Situation nur vorübergehend ist und sich keine Schwierigkeiten für die Gaswerke daraus ergeben.

Wir werden, schließt er, bei den Städtischen Unternehmungen weiterhin den Weg einer sachlichen Zusammenarbeit gehen. (Lebhafter Beifall bei den Koalitionsparteien.)

Damit sind die Beratungen über die Verwaltungsgruppe XI abgeschlossen und der Gemeinderat schreitet zur Abstimmung. Bei dieser werden die Budgetansätze der Städtischen Unternehmungen genehmigt, die beiden Anträge Dr.Soswinski (verbilligte Wochenkarten für Lehrlinge; Ausgaben von Fünftage-Wochenkarten) der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Ohne Debatte genehmigt der Gemeinderat sodann noch fünf Geschäftsstücke.

Hierauf begründet GR.Martha Burian die Dringlichkeit ihres Antrages, betreffend Erhöhung der Richtsätze für die Dauerbefürsorgten und Auszahlung eines Vorschusses auf diese Erhöhung noch vor Weihnachten.

20. Dezember 1952

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2226

Bei der Abstimmung wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt und der Antrag selbst dem Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen.

GR. Wicha (WdU) stellt sodann einen Dringlichkeitsantrag auf Bildung eines Ausschusses, der sich mit der Vorbereitung wirksamer Maßnahmen gegen die Überfüllung der Straßenbahn und dadurch entstehende Unfälle beschäftigen soll.

Dem Antrag wurde gegen die Stimmen der WdU die Dringlichkeit abgesprochen, er wird daher dem Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Hierauf hielt Bürgermeister Jonas die Schlußansprache. Er führte aus:

"Sehr geehrte Frauen und Herren des Gemeinderates!

Wir haben die vornehmste Aufgabe, die dem Gemeinderat im Laufe eines Jahres gestellt wird, nämlich den Voranschlag für das Jahr 1953 aufzustellen, erfüllt und es obliegt mir, allen, die dabei mitgewirkt haben, den Dank auszusprechen.

In erster Linie sage ich Dank dem Finanzreferenten, Herrn Stadtrat Resch und den übrigen Amtsführenden Stadträten, die hier als Referenten gewirkt haben. Dank gebührt auch allen übrigen Mitgliedern des Gemeinderates für die gründliche und sachliche **Beratung**, welche sie dem Haushaltsplan pro 1953 angeeignet ließen.

Ich benütze diesen Anlaß, um auch den Beamten zu danken, die an der Zusammenstellung des Budgets und an den Beratungen hierüber teilgenommen haben; vor allem den Herren: Magistratsdirektor Dr. Kritscha, Obersenatsrat Dr. Gall, Senatsrat Dr. Binder, Oberamtsrat Schneider, Kontrollamtsdirektor Dr. Leppa und allen Mitarbeitern der vorgenannten Herren.

Ich spreche auch den Stenographen, die hier eine außerordentliche Leistung vollbracht haben, den Dank aus, ebenso der Pressestelle, den Beamten des Präsidialbüros und nicht zuletzt auch den Vertretern der Presse.

Ich glaube ferner, Ihrer ungeteilten Zustimmung sicher zu sein, wenn ich im besonderen von dieser Stelle aus der gesamten Wiener Bevölkerung herzlich danke - nicht nur für die Einsicht und Geduld, die sie in schwierigen Lagen immer wieder bewiesen hat, sondern mehr noch für ihre positive Mitwirkung.

Ohne diese vielgestaltige Mitarbeit und ohne diese Opferbereitschaft wäre das Werk unseres Wiederaufbaues, welches somit eine kollektive Leistung aller Wiener ist, niemals möglich gewesen.

Dieser Wiederaufbau hat auch im nunmehr ablaufenden Jahre weithin sichtbare Erfolge erzielt und der soeben auf gut demokratische Art beschlossenen Voranschlag für das Jahr 1953 wird die taugliche Grundlage sein den Wiederaufbau unserer geliebten Stadt in möglichst noch gesteigertem Maße fortzusetzen.

Diese lebenswerte Ziel vor Augen, das der vollen Hingabe unserer besten Kräfte würdig ist, wünsche ich Ihnen, sehr geehrte

20. Dezember 1952

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2228

Frauen und Herren des Gemeinderates, aber auch dem gesamten Wiener Volke, ein frohes Weihnachtsfest und Glück im Neuen Jahr!

Sie werden mir gewiß aus vollem Herzen beipflichten, wenn ich zum Schlusse auch jener unserer Mitbürger gedenke, die noch immer als Gefangene in fremden Ländern weilen, und ihnen baldige Heimkehr wünsche!" (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Um 18.22 Uhr schließt der Bürgermeister die Sitzung. Die Fraktionsführer der im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien überbringen Bürgermeister Jonas ihre Weihnachtswünsche. Für die SPÖ gratuliert GR. Lötsch, für die ÖVP GR. Mühlhauser, für den Linksblock GR. Lauscher und für die WdU GR. Wicha.

Kleine Statistik der Budgetdebatte

=====

In der Budgetdebatte des Wiener Gemeinderates sprachen insgesamt 70 Redner. 81 waren gemeldet worden, jedoch wurden 11 Meldungen zurückgezogen. Die längste Rede hielt GR. Dr. Matejka mit 3 Stunden 24 Minuten. In der Debatte haben gesprochen: 14 Redner des Linksblockes, je 11 Redner von der SPÖ und der ÖVP und 10 Redner von der WdU. 12 Referate wurden erstattet. Die Gesamtredezeit betrug 56 Stunden 36 Minuten, davon sprachen die Referenten 20 Stunden 47 Minuten und die Debattenredner 35 Stunden 49 Minuten, und zwar die Debattenredner des Linksblockes 15 Stunden 30 Minuten, die der ÖVP 9 Stunden 23 Minuten, die der SPÖ 7 Stunden 33 Minuten und von der WdU 3 Stunden 23 Minuten.

Insgesamt dauerten die Sitzungen des Wiener Gemeinderates von Montag, den 15. Dezember, bis Samstag, den 20. Dezember, 66 Stunden und 44 Minuten.